



kontakt

Informationen der hannoverschen SPD-Bundestagsabgeordneten Kerstin Tack



Liebe Leserinnen und Leser,

„Was für ein schöner Sonntag“, waren die ersten Worte von Joachim Gauck, nachdem ihn die Bundesversammlung am 18.03.2012 zum elften Bundespräsidenten gewählt hatte. Er erinnerte in seiner Rede in der Bundesversammlung an die einzigen freien Wahlen in der DDR am 18.03.1990: „Zum ersten Mal in meinem Leben im Alter von 50 Jahren durfte ich in freier Wahl abstimmen.“ Er habe sich damals gesagt: „Ich werde niemals eine Wahl versäumen.“ Gauck stellte klar: „Ich kann mich nicht denken ohne Freiheit, aber auch nicht ohne die Praxis der Verantwortung“.

Er wolle eine lebendige Bürgerschaft. Ich freue mich auf die Denkanstöße, die er als Bundespräsident geben wird und bin mir sicher, dass er die Würde des Amtes rasch wieder herstellen wird.

Derzeit erleben wir einen Stillstand bei wichtigen bundespolitischen Projekten. Das gilt für die Energiewende, den Mindestlohn, die Pflegereform, den Kitaplatzausbau, die überfällige Regulierung der Finanzmärkte und die Verhandlungen über den Fiskalpakt. Für letzten braucht die Regierung unserer Zustimmung im Parlament. Unsere Haltung dazu ist klar: Haushaltsdisziplin kann keine alleinige Antwort sein. Wir sagen auch: Nur einseitiges Sparen wird Europa nicht wieder auf die Beine helfen. Wenn die Wirtschaft schrumpft, entstehen keine neuen Jobs. Wir brauchen neben dem Fiskalpakt auch eine Wachstums- und eine Investitionsstrategie zur Erneuerung der europäischen Realwirtschaft. Auf uns wird es in der Abstimmung mit ankommen und diese Chance sollten wir nutzen, unsere Vorstellungen für ein europäisches Haus mit einzubringen.

Herzlichst
Kerstin Tack, MdB

Ein Finanzmarktwächter als starke Stimme der VerbraucherInnen

Die Produktvielfalt an Versicherungs- und Finanzprodukten ist heute unüberschaubar. Die Unterschiede zwischen den verschiedenen Ausgestaltungen zum Beispiel von Lebensversicherungen bis hin zu den variablen Annuitäten verstehen die wenigsten VerbraucherInnen. Aber: Nur wenn sichergestellt ist, dass VerbraucherInnen – jedenfalls nach einer Beratung – in der Lage sind, ein Finanzmarktprodukt zu verstehen, können sie auch das damit zusammenhängende Risiko einigermaßen beurteilen. Gut qualifizierte BeraterInnen mit hohen Beratungsstandards können ebenso wie eine einfache aber vollständige Produktinformation dazu beitragen, dass VerbraucherInnen ihren Bedarf selbst einschätzen können. Die Aufsicht muss dies sicherstellen. Momentan bestehen Regelungslücken.

Die Aufsicht über die Produktanbieter, die für die Darstellung der Produktinformationen zuständig sind, liegt bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in Frankfurt.

Fortsetzung auf Seite 2



Ein Finanzmarktwächter als starke Stimme der VerbraucherInnen

Fortsetzung von Seite 1

Die Aufsicht über die Versicherungs- und Finanzvermittler liegt hingegen bei den über 700 Gewerbeämtern, die nicht das nötige Personal haben, um eine echte Fachaufsicht ausüben zu können.

Die SPD-Fraktion hat daher ganz klare Vorstellungen entwickelt, wie ein funktionierender Finanzmarkt im Verhältnis zwischen AnbieterInnen und VerbraucherInnen ausgestaltet sein soll. Zentrale Schnittstelle ist die Errichtung eines Finanzmarktwächters bei den Verbraucherzentralen.

Ein solcher Finanzmarktwächter soll die Stimme der VerbraucherInnen sein, die den Markt beobachtet, um Beschwerden und Missstände zu erkennen und diese an die Aufsichtsbehörden weiterzugeben. Er soll VerbraucherInnen darüber hinaus informieren und so präventiv zum Verbraucherschutz beitragen. Damit das funktioniert muss der Finanzmarktwächter eine Verbraucherberatung durchführen, um direkten Kontakt zu den VerbraucherInnen zu haben.

Darüber hinaus sollte er über eine Internet-Plattform VerbraucherInnen den leichten Kontakt ermöglichen. Die Verbraucherzentralen machen diese Aufgaben derzeit bereits in Ansätzen. Ihnen fehlen aber bisher die angemessenen Mittel, um eine solche Aufgabe umfangreich stemmen zu können.

Ganz praktisch soll das Konzept „Finanzmarktwächter“ am Beispiel der „Beipackzettel“ illustriert werden: Ich lese ein Produktinformationsblatt und verstehe die Regelungen nicht. Dann wende ich mich an eine der Verbraucherzentralen und frage, wie das zu verstehen ist. Geht es anderen VerbraucherInnen ebenso, dann meldet die Verbraucherzentrale dieses Problem weiter. Der Finanzmarktwächter sieht dann: Oha, die Versicherungsgesellschaft XY hält sich nicht an bestehende Regelungen und mahnt dies bei der Aufsichtsbehörde an. Diese prüft dann, ob sie tätig wird. Anderenfalls bleibt dem Finanzmarktwächter die Möglichkeit das geschilderte Problem öffentlich klar zu stellen. Also beispielsweise auf einem Online-Portal zu erklären, welche Risiken wirklich bestehen oder welche Kosten tatsächlich anfallen.

Whistleblower

SPD will Rechtsstellung von HinweisgeberInnen verbessern

Ob beim Gammelfleischskandal oder in Banken oder Pflegeheimen: Mutige ArbeitnehmerInnen weisen zum Wohle der Allgemeinheit immer wieder auf Missstände oder gar kriminelle Handlungen in ihren Unternehmen, Behörden oder Organisationen hin. Bisher haben sie dadurch in der Regel ihren Arbeitsplatz verloren oder mussten Benachteiligungen hinnehmen. Sie gehen somit ein hohes Risiko ein.

Um diese HinweisgeberInnen (Whistleblower) gesetzlich besser zu schützen, habe ich gemeinsam mit den ArbeitsmarktpolitikerInnen einen Gesetzentwurf vorgelegt. Ein erster Anlauf für eine bessere Regelung war bereits 2008 am Widerstand der CDU/CSU in der großen Koalition gescheitert. Auch als Konsequenz aus dem Dioxinskandal im Januar 2011 hat die SPD immer wieder gesetzliche Regelungen für Whistleblower eingefordert. Die Bundesregierung ist aber bisher tatenlos geblieben und betrachtet Zivilcourage eher als Denunziantentum.

Aber warum soll der Schutz eines Fleischbetriebes, der vergammeltes Fleisch ausliefern wollte und damit unabsehbar viele Menschen hätte krank machen können wichtiger sein als der Schutz der Menschen und des Mitarbeiters, der die Behörden über das vergammelte Fleisch in seinem Wagen aufmerksam machte?

Außerdem wurde dieser LKW-Fahrer 2007 sogar mit der Goldenen Plakette für Zivilcourage des damaligen CSU geführten Landwirtschaftsministeriums ausgezeichnet. Auch bekam er 2011 vom jetzigen CSU-Innenminister den ZDF-Preis der Sendung Aktenzeichen XY ungelöst überreicht, mit dem er für sein vorbildliches Verhalten zum Wohle der Allgemeinheit ausgezeichnet wurde. Das passt dann nicht zu den Aussagen der Bundesregierung.

Wie nötig eine gesetzliche Regelung ist, zeigt auch der Fall einer Berliner Altenpflegerin. Deutschland wurde vom Europäischen Menschenegerichtshof zum Schadenersatz verurteilt mit der Begründung: in einer demokratischen Gesellschaft ist das öffentliche Interesse an Information über Mängel in der Altenpflege in einem Unternehmen so wichtig, dass es gegenüber dem Unternehmensinteresse überwiege.

Auch wir meinen, wenn ArbeitnehmerInnen Missstände in ihren Unternehmen aufdecken, müssen sie vor Kündigung und sonstigen Benachteiligungen geschützt werden. In anderen Ländern ist dies bereits gesetzlich geregelt.

Unser Gesetzentwurf bietet für diese Beschäftigten eine Lösung. Kündigungen oder Benachteiligungen für berechtigte Hinweise von ArbeitnehmerInnen sind demnach künftig verboten.

Auch Schadenersatz- und Schmerzensgeldansprüche sowie unter bestimmten Voraussetzungen ein Leistungsverweigerungsrecht werden festgeschrieben.

Der Gesetzentwurf wird noch vor der Sommerpause im Deutschen Bundestag abgestimmt, wir fordern die Fraktionen der Regierungskoalition auf ihren Widerstand dagegen aufzugeben.

Die Rechte von PatientInnen müssen gestärkt werden

Die rechtlichen Rahmenbedingungen für den Schutz von PatientInnen in Deutschland sind im internationalen Vergleich schon gut. Das geltende Recht ist allerdings wenig transparent, es bestehen Vollzugsdefizite und PatientInnen sind zu wenig beteiligt.

Wir wollen eine Erweiterung der Patientenrechte, mit der PatientInnen von Betroffenen zu Beteiligten werden. Die Qualität der Behandlung und die Patientensicherheit werden dort gestärkt, wo die informierte Patientin oder der informierte Patient dem Arzt oder der Ärztin gegenüberstehen.

Im Mai 2010 habe ich mit den GesundheitspolitikerInnen ein eigenständiges Patientenrechtegesetz vorgelegt, das derzeit im Parlament diskutiert wird.

Die Bundesregierung hat nunmehr endlich einen Referentenentwurf für ein solches Patientenrechtegesetz vorgelegt. Dieser Entwurf entpuppt sich allerdings als Mogelpackung, denn wer als Patient oder Patientin durch Qualitätsmängel bei einer Behandlung zu Schaden kommt, wird es auch künftig schwer haben zu beweisen, dass der Arzt einen Fehler gemacht hat. Die von der SPD und Verbraucherschützern geforderte Beweiserleichterung hat die Bundesregierung ignoriert. Nur bei groben Fehlern soll wie bislang der Arzt in der Beweispflicht sein. Der gesamte Entwurf setzt nur um, was ohnehin ständige Rechtsprechung der Gerichte ist. Die PatientInnen werden sich also weiterhin mühsam im Einzelfall streiten müssen, ob ein grober Behandlungsfehler vorliegt.

Zu begrüßen ist lediglich, dass die Bundesregierung die Inhalte der ärztlichen Aufklärungspflichten vor einer Behandlung konkretisieren will. Doch auch in Zukunft wird es keinen Anspruch auf einen Patientenbrief geben, in dem der Arzt dem Patienten in verständlicher Form schriftlich dokumentiert, wie die Behandlung verlaufen ist, ob und wenn ja, welche Komplikationen aufgetreten sind, und ob möglicherweise ein Behandlungsfehler passiert ist.

Auch ist keine Vertretung von Patienteninteressen innerhalb der Schlichtungsstelle der Ärztekammer vorgesehen. In den Gremien der gemeinsamen Selbstverwaltung von Kassen und Ärzten beziehungsweise Krankenhäusern werden die Patientenvertreter nicht bessergestellt. Die Stärkung der kollektiven Patientenrechte gehört aber für uns zu einer der zentralen Forderungen.

Die SPD Bundestagsfraktion wird sich im kommenden parlamentarischen Verfahren daher weiter dafür einsetzen, dass die Position von PatientInnen bei Behandlungsfehlern gestärkt wird und wird Vorschläge machen, wie ein Entschädigungsfonds ausgestaltet und finanziert werden könnte.

Der Praxis über die Schulter geschaut Hospitation bei der Diakoniestation Hannover



Hospitationstag beim ambulanten Pflegedienst der Diakoniestation Süd am 15. März 2012

Einen Tag lang konnte sich Kerstin Tack über die Arbeit der Diakoniestation Hannover gGmbH informieren. Hierzu gehört neben dem ambulanten Pflegedienst ein ambulantes gerontopsychiatrisches Zentrum, ein ambulanter Palliativ- und Hospizdienst, ambulant betreutes Wohnen und vieles mehr.

Auch konnte eine Patientenbegleitung Einblicke in die Arbeit der Diakonie vermitteln. Dieses vielschichtige und ganzheitliche Angebot der Diakonie ist einmalig und die geleistete Arbeit vorbildlich. Gerade die Arbeit von Pflegediensten wird oft zu wenig gewürdigt.

Die Diakonie setzt aber auch auf neue innovative Wohnprojekte für jede Generation und jeden Förderbedarf als Gemeinschaftsprojekt. Alt und jung, beeinträchtigt oder nicht, alle leben gemeinsam mit gegenseitiger Unterstützung. Hierzu arbeitet die Diakonie mit der GBH eng zusammen und entwickelt unter anderem in Stöcken ein neuartiges Konzept. Hier baut die GBH neu und die Diakonie ergänzt mit ihrem gemeinwesenorientierten und am individuellen Unterstützungsbedarf angepassten Konzept für die BewohnerInnen.

„Ich habe viel gelernt, an diesem Tag“, so Kerstin Tack. Insbesondere auch den politischen Handlungsbedarf gesehen. Wir müssen weg von der Minutenpflege hin zu einer stärkeren Sicht auf den individuellen Unterstützungsbedarf. Es gibt Optimierungsbedarf im Zusammenspiel der Pflegedienste mit den Krankenkassen und die Pflegesätze in Niedersachsen müssen dringend dem Niveau anderer Bundesländer angepasst werden.



Kerstin Tack unterwegs



Neujahrsempfang im Nachbarschaftstreff List NordOst am 19.02. – gemeinsam mit den „Tanzmäusen“



Zu Besuch bei der Klasse 9/5 der IGS Roderbruch am 20.02.

Besuchsgruppen in Berlin



13.01.2012: Besuch von 20 SchülerInnen der IGS Roderbruch im Deutschen Bundestag



Gemeinsam mit der Stammgruppe gb der IGS List am 22.02.



Solidaritätsadresse an die streikenden Diakoniebeschäftigten am 22.02.



Mitgliederversammlung SPD List-Süd am 08.03.



09.02.2012: 50 politisch interessierte BürgerInnen aus Hannover zu Gast im Reichstag



14.03.: Frauenfrühstück anlässlich des internationalen Frauentages



Auszählen bei der Bundesversammlung am 18.03.



20.03.2012: Bundestagsbesuch von 30 SchülerInnen der Karl-Jatho-Schule



21.03.: Besuch einer Frauen-Delegation aus Westsahara bei der Maghreb-ParlamentarierInnengruppe



Frauenfrühstück zum Equal-Pay-Day am 23.03. der SPD-MdB aus Niedersachsen und Bremen

Interview mit Herrn Avni Altiner

Vorsitzender Schura Niedersachsen -
Landesverband der Muslime in Niedersachsen e. V.

Sehr geehrter Herr Altiner, Sie sind Vorsitzender der Schura Niedersachsen. Was genau ist das für ein Verband und welche Ziele und Interessen vertritt er?

Die Schura Niedersachsen ist als korporativer Landesverband konzipiert, er umfasst bald 90 in Niedersachsen eingetragene Moschee-Vereine als Religionsgemeinschaften im engeren Sinne des deutschen Religionsverfassungsrechts. Schura repräsentiert damit die religiöse Basis, also die Orts- oder Moscheegemeinden. Vertretene Richtungen: Sunniten und Schiiten. Mitglieder sind die Gemeinden aus allen nichtstaatlichen türkischen Verbänden, als auch Hochschulgruppen und Gemeinden afghanischer, arabischer, bosnischer, pakistanischer, iranischer und deutscher Zusammensetzung. Deutlich wird an dieser Struktur der Schura Niedersachsen, dass die Muslime in Deutschland zwar noch vielfach an die Organisationen herkunftsländischer Identität gebunden sind, mit der Bildung von Landesverbänden aber begonnen haben, Strukturen entlang des föderativen deutschen Staatsaufbaus zu bilden. Darin drückt sich deutlich eine Hinwendung zur Zukunft im deutschen Staate aus.

Im Juni feiert die Schura Niedersachsen ihr 10jähriges Bestehen. Was konnten Sie in den 10 Jahren erreichen – und was haben Sie sich noch vorgenommen?

Schura Niedersachsen konnte – zusammen mit der DITIB als dem anderen, fast gleich großen Landesverband – als erster muslimischer Verband in der BRD die

hohen religionsverfassungsrechtlichen Anforderungen an die Bildung einer Religionsgemeinschaft im Sinne von Art. 3 (7) GG durch Bildung eines ausschließlich selbst bestimmten „Beirates“ erreichen. Damit kann in Niedersachsen als erstem deutschem Bundesland islamischer Religionsunterricht im engeren Sinne eingeführt werden, verbunden mit der Bildung eines islamisch-theologischen Institutes an der Universität Osnabrück. Als Standort religiöser und politischer Mitte ist Schura Niedersachsen inzwischen in Niedersachsen eine anerkannte Größe geworden. In Verhandlungen mit dem Land über staatsvertragliche Vereinbarungen konnten einige Themen umgesetzt werden, etwa Bestattungsrecht oder Seelsorgeangelegenheiten. Auf der Agenda steht die finanzielle Absicherung mit dem Ausbau einer Geschäftsstelle, so dass neben dem bisherigen ausschließlich ehrenamtlichen Element auch die dringend erforderliche Professionalisierung verwirklicht werden kann.

Nach dem Auffliegen der Zwickauer Terrorzelle sind rechte Gewalt und Neonazis wieder ins Blickfeld der Gesellschaft gerückt. Wie schätzen Sie die aktuelle Debatte um Neonazis und das NPD-Verbot ein?

Die Debatte zeigt mit der Spitze eines Eisbergs auf, wie tief Ressentiments gegen Ausländer, Türken, Afrikaner, Juden, Muslime und andere in der Bevölkerung noch heute verankert sind und sich auswirken. Das Sarrazin-Buch machte dies ja schon



deutlich. Deutsche Sicherheitsdienste wären gut beraten, bereits bei der Personalrekrutierung neue Wege einzuschlagen und sehr deutlich zu sieben. „Liebe Deinen Nächsten“, diese christliche (und islamische) Maxime nebst der Geschichte vom barmherzigen Samaritaner muss im deutschen Alltag politisches Programm werden.

Welche Forderungen haben Sie an die Politik?

Muslime in Deutschland und Niedersachsen wollen in den zivilgesellschaftlichen Einrichtungen als Partner partizipieren, und zwar als respektierte Subjekte und nicht als zu beobachtende Objekte staatlichen Handelns. Schura Niedersachsen wünscht sich hierfür beratende Unterstützung durch Politik und Verwaltung, auch punktuelle finanzielle Förderung. Das Land wäre gut beraten, einem „Islam der Mitte“ jenseits der ultraliberalen oder salafistischen Ränder den Weg zu bereiten und zu einer institutionellen Stabilisierung – auch durch finanzielle und logistische Aufbauhilfe – beizutragen.

Einladung: Der europäische Fiskalpakt – Auswirkungen auf Deutschland

Mo., 14. Mai 2012 um 19:30 Uhr im Freizeitheim Vahrenwald, kleiner Saal, Vahrenwalder Str. 92, 30165 Hannover
Weitere Infos und Anmeldungen: www.kerstin-tack.de

Ende Mai soll der Deutsche Bundestag über den Fiskalpakt abstimmen. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich kritisch mit den von der Bundesregierung vorgelegten Plänen auseinander. Statt eine alleinige Fokussierung auf die Schuldenpolitik wären Wachstumsprogramm, Finanztransaktionssteuer und parlamentarische Beteiligung geboten.

Informations- und Diskussionsveranstaltung auf Einladung von **Edelgard Bulmahn** und **Kerstin Tack** – mit **Dr. Carsten Sieling**, MdB und Mitglied des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages und **Dr. Patrick Schreiner**, Abt.-Lt. Wirtschaft beim DGB Landesbezirk Niedersachsen/Bremen/Sachsen-Anhalt (angefragt).

Hintergrund: Kein übereilter Fiskalpakt ohne Finanzmarktsteuer

Wir stehen im Bundestag momentan vor einer geschichtsträchtigen Entscheidung. Der europäische Fiskalpakt stellt einen Meilenstein in der europäischen Entwicklung dar. Es geht um die Frage, ob Entscheidungen in Bezug auf Ausgaben, Steuern und Abgaben auf europäischer Ebene gefällt werden können oder nicht.

Bei dieser Frage erhöhen wir Sozialdemokraten den Druck auf die Kanzlerin. Denn unsere Überzeugung ist, dass sich die Krise ohne Impulse für Wachstum und Beschäftigung, immer weiter verschärft. Für ihren Fiskalpakt ist Merkel auf die Unterstützung der SPD angewiesen. Die bekommt sie aber nur, wenn ihre Koalition nicht länger die Finanztransaktionssteuer blockiert.

Jetzt zwingt die SPD die Kanzlerin zu einem Kurswechsel in ihrer Europapolitik – um ein weiteres Abrutschen in der Krise zu verhindern. Gemeinsam mit vielen Partnern in Europa sind wir der Auffassung, dass die einseitig auf Sparen und Kürzen fokussierte Politik der Bundesregierung betroffene Staaten wie Griechenland immer tiefer in den Wirtschaftsabschwung drücken. Folge: Eine Spirale aus sinkenden Einnahmen und steigenden Schulden.

Die Regierung Merkel braucht die Stimmen der SPD zur Umsetzung des Fiskalpacts in Deutschland. Wir sind der Auffassung, dass diese Entscheidung gründlich durchdacht und an Bedingungen geknüpft werden muss.

Marktbesuche April 2012

13. April, 15:30 Uhr Roderbruchmarkt
13. April, 16:15 Uhr Markt auf der Bussestraße/
Guerrickestraße
17. April, 9:00 Uhr Markt auf dem Platz vor der
Friedenskirche
18. April, 10:15 Uhr Markt auf dem Moltkeplatz
18. April, 11:30 Uhr Markt auf dem Jahnplatz
19. April, 10:00 Uhr Markt auf dem Schaperplatz
19. April, 14:30 Uhr Markt auf der Lister Meile,
Höhe Gretchenstraße
19. April, 15:45 Uhr Markt auf dem Sahlkamp-
markt/Hägewiesen
20. April, 9:30 Uhr Markt auf dem Stöckener
Markt
20. April, 11:00 Uhr Markt auf der Klopstockstr.
20. April, 14:30 Uhr Bauernmarkt am Einkaufs-
park Klein Buchholz
21. April, 9:00 Uhr Markt vor der Kardinal-
Galen-Schule/Hinter der
Alten Burg

Wanderausstellung des Deutschen Bundestages bei Kerstin Tack zu Gast

Die Ausstellung veranschaulicht auf 20 Tafeln und zwei Computerterminals die Bundestags-abgeordneten mit ihren Wahlkreisen und den wesentlichen Daten. Außerdem werden Informationsmaterialien zur kostenlosen Mitnahme zur Verfügung gestellt.

Montag, 25.06. - 15:00 Uhr:
Eröffnung der Ausstellung

25.06. ab 16:30 Uhr bis 29.06. um 12:00 Uhr:
Besichtigung der Ausstellung

Im Haus der Region, Hildesheimer Straße 20,
30169 Hannover

Die Ausstellung wird beständig von einem Mit-
arbeiter des Deutschen Bundestages betreut.
Weitere Infos und Anmeldungen unter
Tel.: 0511/69 98 05, Fax: 0511/69 30 89 und
E-Mail: kerstin.tack@wk2.bundestag.de

Impressum:

kontakt | Ausgabe 2/2012 | V.i.S.d.P.: Kerstin Tack
Im Kreuzkampe 1 | 30655 Hannover
www.kerstin-tack.de | kerstin.tack@wk.bundestag.de
Redaktion: Thilo Scholz
Gedruckte Auflage: 1.000 Exemplare
Erscheinungstermine: 04/09/12/2012
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 30.03.2012
Nächster Erscheinungstermin: 09/2012

Bildnachweise:

S. 1 Berliner Bären | juli / photocase.com
S. 2 Euro #1 | checka / photocase.com
S. 3 Krankenhausbett | Miss X / photocase.com
S. 4 „Tanzmäuse“ | Nutzung mit freundlicher
Genehmigung der Schreberjugend Hannover

Aus meinem Terminkalender – April bis Juli 2012

17. April Besuch Bildungszentrum der Handwerkskammer, Garbsen
17. April Wahlkreis-Forum von Stefan Schostok und Kerstin Tack, Hannover
18. April Besuch der IGS Roderbruch, Hannover
20. April Besuch AWO-Konferenz Göttingen, Bovenden
21. April UnterbezirksvertreterInnenversammlung, Barsinghausen
23.-27. April Sitzungswoche, Berlin

01. Mai DGB-Kundgebung auf dem Klagesmarkt, Hannover
02. Mai „5 Jahre Gemüsebeete für Kids“ - Edeka-Veranstaltung, Hannover
03. Mai Hospitation bei Mc Donald's, Hannover
05. Mai AWO Kindertag, Hannover
07.-11. Mai Sitzungswoche Bundestag, Berlin
14. Mai Kindertag im Reichstag mit Besuch von Klassen der Grund-
schulen Fuhsestraße und Friedtjof-Nansen, Berlin
14. Mai Veranstaltung „Der europäische Fiskalpakt“, Hannover
Einladung s. Seite 5
15. Mai FES-Veranstaltung zur Frauenpolitik, Hannover
15. Mai SPD Kleefeld, Hannover
16. Mai Besichtigung Abfallbehandlungsanlage gemeinsam mit
einer Klasse der IGS List, Hannover
21.-25. Mai Sitzungswoche, Berlin
31. Mai-1. Juni Besuchergruppe aus Hannover, Berlin

04. Juni SPD Hainholz-Vinnhorst, Hannover
05. Juni Frauenfrühstück, Hannover
06. Juni Festakt „10 Jahre Schura Niedersachsen“, Hannover
07. Juni Lady Hours, Hannover
09. Juni Bezirkskonferenz der AWO, Hannover
10. Juni Schützenfest Misburg
11.-15. Juni Sitzungswoche, Berlin
19. Juni IG Metall Senioren Ricklingen, Hannover
25. Juni Besuch Kraftwerk Stöcken gemeinsam mit einer Klasse der
IGS Roderbruch, Hannover
25.-29. Juni Sitzungswoche, Berlin
28. Juni Besuch einer Klasse der Herschelschule im Reichstag, Berlin
29. Juni Besuch einer Klasse der IGS List im Reichstag, Berlin
29. Juni Bruchmeisterverpflichtung, Hannover
30. Juni Antreten des SSC Adlerhorst, Hannover

01. Juli Schützensausmarsch, Hannover
07.-08. Juli Landesparteitag der SPD, Hameln
08. Juli Grußwort zum 50jährigen Jubiläum des Fanfarenzuges der
Schreberjugend, Hannover
09. Juli Lebendiges Cafe der Kulturgemeinschaft Vinnhorst, Hannover
11. Juli Talk mit Tack: Kulturschaffende, Hannover
11. Juli Wahlkreisforum von Stefan Schostok und Kerstin Tack, Hannover
12. Juli Talk mit Tack: Pflege, Hannover
13. Juli Kleingartenverein Tannenber-Allee, Hannover
14. Juli Radtour SPD im Bezirksrat Vahrenwald-List, Hannover

BürgerInnensprechstunden von Kerstin Tack

- 17. April von 14:00 bis 16:00 Uhr**
15. Mai von 16:00 bis 18:00 Uhr
19. Juni von 14:00 bis 16:00 Uhr

BürgerInnenbüro Kerstin Tack
Im Kreuzkampe 1 | 30655 Hannover

Um Anmeldung wird gebeten unter
Tel. 0511 69 98 05 oder
per E-Mail an kerstin.tack@wk.bundestag.de

Weitere Informationen zu den Terminen finden Sie unter
www.kerstin-tack.de